

**Christa Wichterich**

## **Doing Gender durch Entwicklungspolitik**

### **Geschlechterpolitik zwischen neoliberalem Empowerment und post-kolonialer Kritik**

Die soziale Kategorie Geschlecht als Ungleichheitsstruktur hat eine signifikante Bedeutung in den Diskursen zum großen Narrativ Entwicklung als progressive Modernisierung. Aber sie hat keine lineare Geschichte und ist durch Widersprüche und Konflikte gekennzeichnet.

#### **Exklusion ist ein Entwicklungsproblem, Inklusion aber auch**

Als in den 1970er Jahren entwicklungspolitische Programme zur Modernisierung der Landwirtschaft in Afrika nicht die gewünschten Erfolge zeitigten, führte Ester Boserup (1970) dies in ihrem epochalen geschlechterdifferenzierenden Werk zur „ökonomischen Rolle von Frauen in der Entwicklung“ auf die systematische Exklusion, Diskriminierung und Marginalisierung von Frauen durch Modernisierungsstrategien zurück. Aus der Kritik an dem Ausschluss von Frauen aus Entwicklungs- und Modernisierungsmaßnahmen leitete sie die Notwendigkeit der Integration von Frauen in die Entwicklung ab, jedoch keine grundsätzliche Kritik an den hegemonialen Konzepten von Modernisierung und Entwicklung. Mehrere Generationen von Entwicklungs-„expert\_innen“ und Hilfsorganisationen fokussierten auf Maßnahmen zur Integration als Mittel der Gleichstellung. Die Frauenforschung lieferte das entsprechende Wissen, indem sie systematisch Daten über Diskriminierungen, Gewalt gegen Frauen und Geschlechterungleichheiten (*gender gap*) in verschiedenen Lebens- und Arbeitsbereichen sammelte und blinde Flecken der Forschung ausleuchtete. Ziel war, „Unsichtbares“ sichtbar zu machen, um Menschen-/Frauen-/Arbeitsrechtsverletzungen gegenzusteuern und gezielt Maßnahmen zum Frauen-Empowerment initiieren zu können.

In der Gap/Ungleichheitsperspektive und mit dem Rechtsparadigma bleiben Frauen zunächst jedoch die Defizitären, die Diskriminierten, Armutsvulnerablen und Opfer. Dadurch wird Verwundbarkeit durch Armut, Krankheit, Mangel an Wissen, Eigentum und Technologie oder Klimawandel bzw. mangelnde Widerstandskraft gegen all dies geschlechtsspezifisch zugeschrieben. Auch der Gender-Ansatz, der Geschlechterregime als Machtverhältnisse dekonstruiert, blieb zunächst stark einer zweigeschlechtlichen Schablone verhaftet und tendierte dazu, andere Kategorien sozialer Ungleichheit und Herrschaft wie Klasse, Ethnie und Alter in ihrer Wirkkraft unterzubewerten und sie ebenso zu vernachlässigen wie Unterschiede und Ungleichheiten unter Frauen.

Bereits seit den 1970er Jahren forderte die Weltbank, dass Frauen als Humankapital und Ressource nicht „un-“ oder „untergenutzt“ bleiben dürfen, sondern mobilisiert werden müssen, um Produktivität zu steigern und Armut zu reduzieren. Für die Weltbank waren stets ökonomische Kosten oder Nutzen der zentrale Maßstab zur Bewertung von Geschlechterverhältnissen. In dieser Logik rechnen sich *gender gaps* nicht, da sie als Wachstumshindernisse wirken. Deshalb forderte die Bank Marktinklusion weiblichen Humankapitals als beste Methode zur Effizienz- und Wachstumsoptimierung und pries den Markt als Ort optimaler

Gleichstellungsallokation. Integration von Frauen meint Anpassung an die männliche Norm des homo oeconomicus, nicht aber dessen In-Fragestellung. Mit der flotten Definition von Geschlechtergleichheit als „smart economics“ gewann die Weltbank in der Krise endgültig entwicklungs- und genderpolitische Hegemonie (World Bank 2007; 2011).

Mit diesem marktzentrierten Ansatz knüpft die Entwicklungspolitik den „Traum von Frauenbefreiung“, wie Nancy Fraser (2009) sagt, „an die kapitalistische Akkumulation“ und macht sich die Konvergenz zwischen neoliberalen und feministischen Zielen - wie eigenständige Existenzsicherung, Selbstbestimmung, individuelle Unabhängigkeit - zu eigen. Frigga Haug hat diese staatlich gesteuerten Übereinstimmungen oder auch Kooptationen im Anschluss an Gramsci „passive Revolution“ genannt, denn einzelne Gleichstellungsforderungen werden auf diese Weise aufgenommen. Doch die Entwicklungszusammenarbeit verwandelt das politische Projekt des Frauenempowerments in ein kontextunabhängiges technisches Projekt.

Die Strategie des Gender Mainstreaming, die querschnittlich durch alle politischen Institutionen und Maßnahmen hindurch Geschlechterungleichheiten berücksichtigen und beseitigen sollte, wurde in der Entwicklungspolitik systematisch entwickelt und erprobt. Mit dem Gender Budgeting stellte sie auch ein Umverteilungsinstrument für Ressourcen bereit. Das verstärkte jedoch den liberalen Tunnelblick auf formale Gleichstellung und Inklusion innerhalb bestehender Strukturen mit Geschlechtergleichheit als universeller Menschenrechtsnorm, führte aber nicht zur Kritik der Herrschaftsstrukturen oder beschränkte Kritik auf die extremen Auswüchse kapitalistischer neoliberaler Verhältnisse. Maitrayee Mukhopadhyay (2004) hat konzipiert, wie das technische Instrumentarium das politische Projekt der Transformation und der Gerechtigkeit schluckt und ersetzt.

Gleichstellungsmaßnahmen, Frauen-Empowerment und später dann „Männerarbeit“ wurden in alle entwicklungspolitischen Programme eingebettet, von der humanitären Hilfe bis zur Privatwirtschaftsförderung, wenn sie nicht sogar als verdeckte Konditionalität benutzt wurden. So entstand ein Entwicklungshilfe-Feminismus oder „embedded feminism“, der andere Maßnahmen zusätzlich legitimierte und gleichzeitig reale Kämpfe überflüssig zu machen schien.

## **Die post-koloniale Wende**

Chandra Talpade Mohanty (1988) verschob in den 1980er Jahren den Fokus der Kritik auf das Genderwissen, das den Maßnahmen ausländischer Geber bei ihrer Frauen- und Geschlechterpolitik zugrundelag. Aus der post-kolonialen Perspektive Mohantys essentialisierten die Schriften westlicher Feministinnen „Dritte-Welt-Frauen“, generalisierten das Paradigma des westlichen Patriarchats und universalisierten Gleichstellungsstrategien. Dies hatte zur Folge, dass klassen-/kastenspezifisch unterschiedliche Kontexte de-thematisiert wurden und Frauen als „Zielgruppe“ von entwicklungspolitischen Projekten viktimisiert wurden, zum anderen als Handlungsobjekte und Retterinnen in Problemsituationen adressiert wurden. Gayatri Spivak (1988/2008) spitzte diese Kritik verallgemeinernd auf das Muster zu: „white men are saving brown women from brown men“. Hier sind weiße Feministinnen gemeint, die sich anmaßen, „andere“ subalterne Frauen zu repräsentieren, sie aber zum Verstummen bringen oder ihnen nicht zuhören. In die Entwicklungszusammenarbeit

übersetzt, bedeutet dies eine Kritik am Expert\_innentum, das auf einem weitgehend kontextunabhängigen Wissen darüber beruht, was Frauen im globalen Süden brauchen, welche Programme und technischen Maßnahmen ihre praktischen Bedürfnisse und strategischen Interessen befriedigen können. Wissensproduktion, so Spivak, ist ein Gewaltverhältnis, ist Herrschaftstechnologie, die stets in ihrer Bedingtheit und Situiertheit kritisch reflektiert und jegliche Komplizenschaft dekonstruiert werden muss.

Die Konstruktion der „anderen“ Frauen als ewige Opfer von Armut, Gewalt, Krieg und (Natur-)Katastrophen ist rassistisch und neo-kolonial aufgeladen (Enloe 1990) und dient der Aufwertung der westlicher Kulturen, Werte und Feminismen. Sie naturalisiert und kulturalisiert gesellschaftliche Ungleichheit. Die Entwicklungspolitik agiert als ein wesentlicher Bestandteil der zivilisatorischen Mission des Westens gegenüber den Armen und Rückständigen in post-kolonialer Zeit. Dies entspricht der Rede von Entwicklung und „Unter“-Entwicklung, der Konstruktion vom modernem Westen und traditionellem Süden. Dabei taucht das „alte Schwesternmodell der Missionsarbeit, von Intervention und Rettung“ wieder auf (Grewal/Kaplan 1994:19).

Die Entwicklungspolitik soll Rettung und Befreiung mit Maßnahmen leisten, die universelle Werte, Normen und Deutungen von Geschlechtergleichheit und Demokratie, also Global Governance Regime durchsetzen. Die Verteidigung von Frauenrechten wird dabei zur moralischen Legitimation dieser zivilisatorischen Mission. Aber sie wird auch für geo-, außen- und sicherheitspolitische Zwecke instrumentalisiert, wie der „war on terror“ exemplarisch gezeigt hat. Die militärische Intervention in Afghanistan kritisierte die Islamwissenschaftlerin Denis Kandiyoti als Vereinnahmung von „Frauenrechten als Mittel der Geopolitik“, als Laura Bush und konservative Politiker\_innen in den USA sie mit der Verantwortung rechtfertigten, Frauen schützen zu müssen. Der Einbezug von Frauenrechten in die Legitimationsstrategie des Militäreinsatzes adelte diesen als humanitären und moralischen Eingriff, sozusagen als „gerechten“ Krieg. Militärische Gewalt wird als gerechtfertigt und gerecht repräsentiert, weil sie – unter anderem - der Gewalt der Taliban gegen Frauen ein Ende setzen sollte (Nachtigall 2014).

Da das strategische und technische Instrumentarium der EZ universelle Gültigkeit beansprucht, wurde Gender Mainstreaming auch in Afghanistan als Methode der Integration einer Genderperspektive ausgerufen: zum ökonomischen Empowerment wurden Mikrokreditprogramme für Frauen entworfen, obwohl ihr öffentlicher Aktionsradius sehr beschränkt ist, zum politischen Empowerment wurden Quoten eingeführt, obwohl Parteien und politische Institutionen der bürgerlich-liberalen Demokratie nicht bestanden. Lina Abu-Lughods (2002) verallgemeinerte dies irritiert zu der Frage: „Do muslim women really need saving?“ Wohlgemeinte gleichstellungsmotivierte Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit werden zum Entmündigungsprogramm.

## **Geschlechterrechte zwischen Universalismus und Kulturrelativismus**

In den 1990er Jahren bezogen sich Frauenorganisationen und -bewegungen, nationale wie transnationale, systematisch auf das Frauen-/Menschenrechtskonzept als Referenzrahmen für Geschlechtergleichheit und -gerechtigkeit. Der damit vollzogene Paradigmenwechsel von der Repräsentation von Frauen als Opfer und Bittstellerinnen

zu Frauen als Rechtssubjekten und Staats- und Weltbürgerinnen wendet sich gegen ihre Viktimisierung und die Naturalisierung von Ungleichheit. Auch führende Aktivistinnen und Wissenschaftlerinnen aus dem globalen Süden z.B. von DAWN vertraten aktiv den universalistischen Rechtsansatz. Chandra Talpade Mohanty (2002) sah durch die Globalisierung neue Rahmenbedingungen und Chancen für gemeinsame Kämpfe und Solidarität jenseits der fortbestehenden Kolonisierung durch westliche Wissenschaftler\_innen. Je deutlicher jedoch universelle Frauenrechtsansprüche normativ als Global Governance Regime formuliert wurden, insbesondere im Bereich der Körperpolitik und sexueller und reproduktiver Rechte, desto stärker artikulierten sich kulturellrelativistischer und neokonservativer Widerspruch.

Die westliche Instrumentalisierung von Geschlechterrechten für geopolitische oder rassistische und anti-muslimische Zwecke verstärkte gleichzeitig die post-koloniale Kritik am universellen Menschenrechtsparadigma als Bestandteil westlichen Wirtschafts-, Sicherheits- und Kulturimperialismus. So wandte sich Judith Butler mit einem Gestus post-modernen Kulturrelativismus gegen die westliche Vereinnahmung von Frauen- und LGBTI-Rechten für „kulturelle und religiöse Rassismen“ (Butler 2010:106). Damit gesteht sie aus einer Kritik am westlichen Fokus auf individueller (sexueller) Freiheit heraus anderen, als traditionell konstruierten Kulturen und Religionen ein kollektives Recht auf Eigenständigkeit zu (Klug 2013). Auch Spivak, die grundsätzlich das Prinzip der Repräsentation und das normative Sprechen für andere ablehnt, betont die „soziale Verantwortung“ der Einzelnen im Globalen Süden, also kollektive Einbettung, gegenüber dem individualistischen liberalen Menschenrechtsansatz des Westens.

Tatsächlich beruhen Nord-Süd-Bezüge und Kontroversen auf höchst unterschiedlichen Deutungen des globalen Südens, wie die feministische Politikwissenschaftlerin Christine Sylvester sagt: „Entwicklungsforschung tendiert dazu, Subalternen nicht zuzuhören, und postkoloniale Studien tendieren dazu, sich nicht darum zu kümmern, ob die Subalternen zu Essen haben.“ (Sylvester 1999: 703). Als eine neue Variante des real existierenden Zynismus liest sich die Schwerpunktsetzung von Hannah Hacker, die die Kategorie des Begehrens im Entwicklungsdiskurs etablieren will und fragt, ob Hungernde kein Recht auf Lust haben (Hacker 2005:197). So wirft die post-moderne Perspektive viele Fragen auf, wie Herrschafts- und Patriarchatskritik gegenüber anderen Kulturen jenseits post-kolonialer Kritik legitimiert, und wie solidarisches Handeln möglich werden kann. Auch Butler bietet keine Antwort an, ob Intervention von außen immer pater- oder maternalistisch ist.

Ein Konzept, die mehrdimensionale Kritik an westlich-feministischer Wissens- und Normenproduktion aufzunehmen, ist der Intersektionalitätsansatz, der Geschlecht an der Schnittstelle verschiedener hierarchischer und herrschaftlicher Regime verortet und seine jeweilige Bedingtheit durch andere Ungleichheitskategorien betont (Rommelsbacher 2006). Das führt kontextabhängig manchmal zu einer Refokussierung auf Klasse, Ethnizität, Religion oder Alter bei gleichzeitiger Defokussierung der Kategorie Gender. Ein intersektionaler Ansatz ist jedoch unabdingbar, um das Spektrum unterschiedlicher Interessen, multipler Identitäten und emanzipatorischer Perspektiven im Zusammenhang mit Geschlechterungleichheiten zu verstehen und Gleichzeitigkeit von Veränderung und Verstärkung von Geschlechterordnungen zu erkennen (Tuider 2013).

## **Das Ende der Eindeutigkeiten in der Entwicklung**

Doing Gender und Undoing Gender durch soziales Handeln und Wissensproduktion ist in der Theorie und Praxis der Entwicklung ein Feld verschränkter Dynamiken, heftiger Kontroversen und umkämpfter Kompromisse (Wichterich 2009). Es nimmt im globalen Rahmen transversaler und transdisziplinärer Diskurse an Komplexität und Widersprüchlichkeit zu und legt sich quer zum großen Narrativ progressiver Modernisierung. Die Frage von internationaler Solidarität stellt sich immer wieder neu.

Abu-Ludogh, Lina (2002): Do Muslim women really need saving?  
<http://org.uib.no/smi/seminars/Pensum/Abu-Lughod.pdf>

Butler, Judith (2010): Raster des Krieges. Warum wir nicht jedes Leid beklagen.  
Frankfurt

Boserup, Ester (1970): Women's Role in Economic Development, London

Enloe, Cynthia (1990): Bananas, Beaches and Bases, University of California

Fraser, Nancy (2009): Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 8, 43- 57.

Grewal, Inderpal/Kaplan, Caren (eds.) (1994): Scattered Hegemonies: Postmodernity and Transnational Feminist Practices, Minneapolis

Hacker, Hannah (2007): Sex – Gender – Development. Eine Einführung zu "Geschlecht" und "Entwicklung", in: Kolland, Franz/Gächter, August (Hg.): Einführung in die Entwicklungssoziologie, Wien, 191-215

Haug, Frigga (2006): Links und feministisch? Feministische Kapitalismuskritik – Probleme und Perspektiven, in: Widerspruch 50, Alternativen, 26.Jg./1. Halbjahr 2006, 87-99

Klug, Petra (2013): Der neue Streit um Differenz? (Queer-)Feministische Perspektiven auf Islam und Geschlechterordnung, in: femina politica 2/2013, 114-123

Mohanty, Chandra Talpade (1988): Aus westlicher Sicht: feministische Theorie und koloniale Diskurse, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis 23, 149-162

Mohanty, Chandra Talpade (2002): "Under Western Eyes" Revisited: Feminist Solidarity through Anticapitalist Struggles, in: Signs, vol.28, no.2, 499-536

Mukhopadhyay, Maitrayee (2004): Mainstreaming Gender or "Streaming" Gender Away: Feminists Marooned in the Development Business, in IDS Bulletin 35.4, 95-104

Nachtigall, Andrea (2014): Stichwort „Embedded Feminism“, in: Peripherie 133, 90-95

Rommelspacher, Birgit (2006): Intersektionalität – über die Wechselwirkung von Machtverhältnissen, in: Kurz-Scherf, Ingrid et al. (Hrsg.): Feminismus: Kritik und Intervention, Münster, 81-98

Spivak, Gayatri Chakravorty (1988/2008): „Can the Subaltern Speak?“ in: dies.: Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation. Wien, 17-118

Sylvester, Christine (1999): „Development Studies and Postcolonial Studies: Disparate Tales of the Third World“. In: Third World Quarterly, Bd. 20, Nr. 4, 703-721

The World Bank (2007): Gender and Equality as Smart Economics. Action Plan 2007-2011. Washington

The World Bank (2011): World Development Report 2012. Gender equality and Development. Washington

Tuider, Elisabeth (2013): Von der Frauenforschung zur Intersektionalität, in: Tuider Elisabeth/Burchardt, Hans-Jürgen/Öhlschläger, Rainer (Hrsg.) Frauen(und) Macht in Lateinamerika, Baden-Baden, 39-51

Wichterich, Christa (2009): gleich – gleicher – ungleich, Sulzbach/Taunus